

Eine Abstimmungsvorlage in Basel
sorgt für Verwirrung Seite 10Der Bund passt seine Strategie
bei der Suchtbekämpfung an Seite 11In Luzern gehen die Schüler
auf Entdeckungsreise Seite 12Präimplantationsdiagnostik –
in Israel seit Jahren erlaubt Seite 13

Minder nimmt Lobbyisten ins Visier

Der Vater der «Abzocker»-Initiative sucht Finanzmittel für ein neues eidgenössisches Volksbegehren

Bisher war eine Regulierung des Lobbyings in der Schweiz politisch chancenlos. Im Zuge der Kasachstan-Affäre sehen die Kritiker des heutigen Systems jetzt unverhofft Morgenlicht.

Markus Häfliger

Die Kasachstan-Affäre gibt jenen Kräften Auftrieb, die das Lobbying in der Bundespolitik strenger oder anders regulieren wollen als heute. Der parteilose Ständerat Thomas Minder (Schaffhausen), Vater der erfolgreichen «Abzocker»-Initiative, spielt ernsthaft mit dem Gedanken einer neuen Volksinitiative. «Es ist nur eine Frage der finanziellen Mittel», sagt Minder. «Wenn ich 300 000 Franken hätte, würde ich der Bundeskanzlei noch heute einen Initiativtext zur Vorprüfung einreichen.»

Dass Minder über eine Lobbying-Initiative nachdenkt, hat der «Sonntags-Blick» bekanntgemacht. Jetzt skizziert Minder die Stossrichtung eines solchen Volksbegehrens. Konkret möchte er einen Teil der Lobbyisten aus dem Bundeshaus verbannen. Zwar soll das Götti-System bleiben: Jeder Parlamentarier soll weiterhin zwei Zutrittsausweise vergeben, anders als heute aber nur noch an Familienmitglieder oder persönliche Mitarbeiter. So könnte der Bauernverbands-Präsident seinen Bauern-Sekretär weiterhin mit in die Wandelhalle nehmen. Draussen bleiben müssten die Mitarbeiter von PR-Agenturen, die im Mandatsverhältnis für verschiedene Auftraggeber lobbyieren. Zudem müsste auch die Vergabe von Tages-Badges strenger kontrolliert werden, so Minder. «Tages-Lobbyisten dürften sich nicht mehr alleine im Bundeshaus bewegen.»

Mit Vorstoss gescheitert

Schon 2012, ganz zu Beginn seines Ständeratsmandats, hatte Minder versucht, die Lobbyisten per Vorstoss aus dem Bundeshaus zu vertreiben, unterlag aber. Für Minder bedeutet dies, «dass Bern nicht in der Lage ist, das Problem Lobbyismus selber zu lösen». Des-



Ständerat Thomas Minder will die Lobbyisten per Volksinitiative aus dem Bundeshaus verbannen.

PETER KLAUNZER / KEYSTONE

halb bleibe nur der Weg über eine Volksinitiative.

Als zweite Gruppe nimmt Minder die Parlamentarier selber ins Visier. Er erachtet es als Problem, wenn Parlamentarier Ämter in Firmen oder Organisationen haben, die von Parlamentsentscheiden direkt betroffen sind. In diesem Bereich sinnvolle und umsetzbare Regelungen zu finden, sei aber schwierig, räumt Minder selber ein.

Tatsächlich gebe es bis jetzt «keinen fixfertigen Initiativtext», aber Elemente dafür, sagt Claudio Kuster, der schon bei der «Abzocker»-Initiative Minders Co-Initiant war. Vor einer Lancierung müsste der Entscheid fallen, welche Elemente in die Initiative gepackt würden, sagt Kuster. Soll sie nur die Lobbyisten ins Visier nehmen? Oder auch die

Markwalder und Baumann entschuldigen sich

rz. · In der Kasachstan-Affäre bemühen sich die Hauptakteurinnen um Schadensbegrenzung. Nationalratsvizepräsidentin Christa Markwalder erklärte in einem Interview mit der Boulevardzeitung «Blick», sie habe schriftliche Antworten des Bundesrats zuhanden der Aussenpolitischen Kommission unvorsichtigerweise mit der Lobbyistin Marie-Louise Baumann ausgetauscht. «Dafür entschuldige ich mich», sagte Markwalder. Sie werde sich gegenüber dem Büro des Parlaments erklären.

Die unter Druck stehende Berner FDP-Nationalrätin betonte aber auch, dass in der Causa Kasachstan ihr «Vertrauen durch die Lobbyistin Marie-

Louise Baumann aufs Übelste missbraucht» worden sei. Die Kritisierte ihrerseits liess gleichentags via Depechenagentur verlauten, sie sei der Meinung gewesen, dass sie Markwalder über den Auftraggeber und über dessen Ziele «immer transparent und umfassend informiert» habe. Offenbar scheinete zu wenig klar zum Ausdruck gekommen zu sein, dass sie stets in engem Kontakt mit dem Kunden gestanden habe. Über die jüngsten Entwicklungen der Affäre sei sie erschüttert, schreibt Baumann weiter. Sollte tatsächlich ein entsprechendes Missverständnis entstanden sein, entschuldige sie sich und übernehme die volle Verantwortung dafür.

Mandate der Parlamentarier? Oder gleich die ganze Politikfinanzierung?

Auf den Fall Kasachstan bereits reagiert hat der St. Galler SVP-Nationalrat Lukas Reimann. Noch am Tag, an dem der erste Artikel über Kasachstan und die FDP-Nationalrätin Christa Markwalder erschien (NZZ 6. 5. 15), reichte Reimann eine Motion ein, in der er die Einführung eines «transparenten Lobby-Registers» fordert. Ein solches Register müsste laut Reimann nicht nur darüber Auskunft geben, wer in wessen Auftrag Einfluss nimmt auf die Bundesgesetzgebung. Zusätzlich müsste auch offengelegt werden, wer für das Lobbying bezahlt und welche Mittel und Methoden dabei angewendet werden.

Reimanns Motion ist die Kopie einer Forderung, die er bereits im Jahr 2009 eingereicht hatte. Diesen Vorstoss schrieb der Nationalrat später ab, ohne über ihn zu diskutieren. Aufgrund der Diskussion um den Fall Kasachstan sieht Reimann seine Chancen jetzt steigen. «Ich habe das Gefühl, dass die politischen Mehrheiten sich verschieben.»

Striptease für Lobbyisten?

Auch FDP-Nationalrat Andrea Caroni (Appenzell Ausserrhodon) ist vor einem Jahr mit einer parlamentarischen Initiative zum Thema Lobbying aufgelaufen. Und auch er will jetzt mit einem neuen Vorstoss nachlegen – in der Juni-Session, die in zwei Wochen beginnt. Denn Reimanns Forderung geht Caroni zu weit. «Er verlangt praktisch einen Striptease von den Lobbyisten und all denen, die je mit ihnen reden», sagt Caroni. Ihm schwebt eine weniger weit gehende, aber einfach umsetzbare Transparenzregel vor: Künftig soll jeder Interessenvertreter im bestehenden Zutritts-Register auch seine Lobby-Mandate, die er im Bundeshaus vertritt, offenlegen.

Ursprünglich wollte Caroni gleich auch das ganze Götti-System ablösen: Lobbyisten sollten sich beim Parlament akkreditieren müssen – ähnlich wie das heute die Bundeshaus-Journalisten tun. Weil diese Forderung aber im Juni 2014 im Nationalrat scheiterte, will sich Caroni im zweiten Anlauf jetzt auf die Frage der Transparenz beschränken.

Die SP und ihr konstanter Ruf nach mehr staatlichen Leistungen

Ob Elternurlaub, höhere AHV-Renten oder ausgebauter Service public – die Liste der sozialdemokratischen Wünsche ist lang

Die SP-Fraktion präsentiert auf 80 Seiten ihre Legislaturziele. Sie ist damit so konkret wie keine andere Partei. Wer SP wählt, weiss, was er bekommt: in erster Linie mehr Staat.

Jan Flückiger, Bern

Die Botschaft, welche die SP im Wahljahr vermitteln will, ist klar: Dort die rückwärtsgegangenen, (national)konservativen Bürgerlichen, welche die Schweiz kaputtsparen und in die Isolation treiben wollen; hier die weltoffenen, fortschrittlichen Sozialdemokraten, welche für mehr Gerechtigkeit und Solidarität kämpfen. Nicht umsonst spricht Parteipräsident Christian Levrat bei jeder Gelegenheit von einer «Richtungswahl». Damit wollen die Sozialdemokraten dem bürgerlichen Narrativ des «Erfolgsmodells Schweiz» und dem – zumindest auf dem Papier existierenden – bürgerlichen Schulterchluss etwas entgegensetzen.

Am Dienstag nun hat die SP-Fraktion ihre Ziele für die nächste Legislatur präsentiert. Auffällig und in der hiesigen Parteienlandschaft einzigartig sind der Umfang und die Aufmachung dieses Programms. Das Büchlein ist 80 Seiten

stark, farbig bebildert und inhaltlich sehr umfassend. Man muss der SP zugutehalten, dass sie wie keine andere Partei ausführlich und sehr konkret transparent macht, wofür sie einsteht. Wer SP wählt, weiss, was er bekommt.

Plädoyer für die Bilateralen

Die Legislaturziele bauen auf der bereits kommunizierten 10-Punkte-Wahlplattform auf und führen diese weiter aus. Anders als bei der Wahlplattform geht die SP diesmal auch auf das Thema Europa ein. Die Sozialdemokraten wollen die Masseneinwanderungsinitiative so umsetzen, dass sie mit dem Freizügigkeitsabkommen kompatibel ist. Der bilaterale Weg sei zu sichern und weiterzuentwickeln, unter anderem mit einem institutionellen Rahmenabkommen. Um die Akzeptanz für die Personenfreizügigkeit zu erhöhen, sollen die flankierenden Massnahmen ausgebaut werden. Dazu gehören mehr Gesamtarbeitsverträge und ein besserer Kündigungsschutz für ältere Arbeitnehmer.

Ein weiterer Schwerpunkt, welchen die Fraktionsspitze den Medien präsentierte, ist die Reform der Altersvorsorge. Die Erhöhung des Frauenrentalters auf 65 komme erst infrage, wenn die Lohnungleichheit erreicht sei. Wie diese Verknüpfung gesetzgeberisch her-

gestellt werden soll, lässt die Partei offen. Zudem soll der Umwandlungssatz bei der zweiten Säule weniger stark gesenkt werden, als der Bundesrat vorschlägt. Als Kompensation sollen die Lebensversicherer weniger Gewinn machen können. Dass ein zu hoher Umwandlungssatz schlecht mit der ebenfalls geforderten Generationengerechtigkeit in Einklang zu bringen ist, ficht die Partei wenig an.

Das Legislaturprogramm enthält viel Bekanntes, etwa die Forderung nach flächendeckenden, staatlich finanzierten Tagesschulen und mehr Kindertages-

stätten. Zudem soll es einen Elternurlaub von 24 Wochen geben, wovon mindestens 14 Wochen Mutterschaftsurlaub wären. Doch die Liste der Forderungen, die einen Ausbau des Staates oder dessen stärkeres finanzielles Engagement nach sich ziehen, ist noch viel länger (siehe Kasten). Immerhin in einem einzigen Bereich ortet die Partei Sparpotenzial: bei der Armee.

Damit all diese Wünsche finanziert werden können, soll die Schuldenbremse aufgeweicht und sollen Steuerschlupflöcher geschlossen werden. Weiter gelte es, jede Einnahmequelle konse-

quent zu besteuern: neben Einkommen und Vermögen auch Erbschaften, Kapitalgewinne, Boni und Finanztransaktionen. Die Unternehmenssteuerreform III schliesslich dürfe den «exzessiven» Steuerwettbewerb der Kantone nicht weiter befeuern. Um die Steuerausfälle in Grenzen zu halten, müsse entweder ein kantonaler Mindeststeuersatz von 16 Prozent definiert werden. Oder aber der Bund müsse seinen Ansatz für die Unternehmenssteuer erhöhen.

Mangelnder Reformwille

Es ist also vor allem der Staat, der mehr Verantwortung übernehmen soll. In zweiter Linie appelliert die SP an die Unternehmer, will diesen aber gleichzeitig noch ein paar Steine, in Form von mehr Auflagen oder höheren Steuern, in den Weg legen. Das Wort «Eigenverantwortung» sucht man auf den 80 Seiten hingegen vergebens. So bleibt am Ende weniger der Eindruck einer fortschrittlichen, reformwilligen Kraft als derjenige einer bewahrenden, konservativen Partei, die unablässig den Ausbau staatlicher Leistungen fordert, ohne sich über deren nachhaltige Finanzierung wirklich Gedanken zu machen. Ob damit Wahlen zu gewinnen sind, wird sich am 18. Oktober weisen.

Meinung & Debatte, Seite 23

Von A wie AHV bis Z wie Zusatzleistungen

flj. · Die Wunschliste im SP-Legislaturprogramm ist lang. Hier eine nicht abschliessende Auswahl: Neben dem Elternurlaub soll es einen Adoptionsurlaub und einen Pflegeurlaub geben. Weiter fordert die SP 10 Prozent höhere AHV-Renten, mehr Ergänzungsleistungen, einen staatlich finanzierten Risikopool für chronisch Kranke, eine finanzielle Beteiligung an der Langzeitpflege, die Befreiung von Kindern und Jugendlichen in Ausbildung, mehr den Krankenkassenprämien, mehr Zusatzleistungen für Familien, kleinere Schulklassen, höhere Löhne für Lehrer, mehr Geld für

die berufliche Weiterbildung sowie allgemeine Bildung und Forschung, mehr Stipendien, einen staatlichen KMU-Fonds, ein flächendeckendes Poststellennetz, den Ausbau des öffentlichen Verkehrs, mehr Begegnungszonen in Agglomerationen, kostenlose Beratungsgespräche für ältere Arbeitnehmer und die Kostenbeteiligung an Vorbereitungskursen für die höhere Fachprüfung. Daneben soll die Schweiz mehr Flüchtlinge aufnehmen, mehr Geld für die Entwicklungshilfe ausgeben, das Kulturangebot ausbauen sowie die Medien und kleine Buchverlage staatlich fördern.